

Streikalarm: Öffentlicher Nahverkehr im Raum Köln-Bonn steht still!

Gewerkschaft Verdi kündigt für den 7. Februar 2025 Warnstreiks im Kölner Nahverkehr an. Tarifverhandlungen starten bald.



Am 7. Februar 2025 führt die Gewerkschaft Verdi ihre Warnstreiks im Tarifkonflikt des Öffentlichen Dienstes fort. Betroffen ist vor allem der Nahverkehr im Raum Köln-Bonn, wo etwa zwei Millionen Menschen wohnen. Laut **Deutschlandfunk** werden an diesem Tag keine Busse und Straßenbahnen fahren, da Tausende Beschäftigte im öffentlichen Nahverkehr zu den Streiks aufgerufen sind.

Der Streik begann mit Betriebsstart und wird voraussichtlich 24 Stunden andauern, bis zum Betriebsstart des folgenden Tages. **VRR** informiert, dass verschiedene kommunale Verkehrsunternehmen im VRR-Gebiet ebenfalls betroffen sind. Die Deutsche Bahn und andere Eisenbahnunternehmen sind

jedoch nicht von den Streiks betroffen.

Hintergründe der Tarifverhandlungen

Die Warnstreiks sind Teil einer breiteren Protestaktion, die aus den aktuellen Tarifverhandlungen für den öffentlichen Dienst von Bund und Kommunen hervorgeht. Bei der ersten Verhandlungsrunde am 24. Januar 2025 wurde kein Ergebnis erzielt, weshalb Verdi bundesweit zu diesen Aktionen aufruft. Die nächste Verhandlungsrunde findet vom 17. bis 18. Februar 2025 in Potsdam statt, gefolgt von einer dritten Runde, die vom 14. bis 16. März 2025 ebenfalls in Potsdam abgehalten wird.

Die Gewerkschaft Verdi fordert unter anderem eine Lohnerhöhung von acht Prozent sowie drei zusätzliche freie Tage für alle Beschäftigten im öffentlichen Dienst. Der **ZDF** hebt hervor, dass rund 2,5 Millionen Beschäftigte in unterschiedlichen Bereichen, darunter medizinische Berufe, Schulen und Verwaltung, von den Verhandlungen betroffen sind. Zudem wurden Forderungen nach einer Erhöhung von 200 Euro für Auszubildende und höheren Zuschlägen für belastende Jobs geäußert.

Reaktionen und Auswirkungen

Die Arbeitgeberseite, vertreten durch Bundesinnenministerin Nancy Faeser, hat die Forderungen als hoch eingestuft und auf die angespannte Haushaltslage verwiesen. Gleichzeitig wies die Präsidentin der VKA, Karin Welge, auf die Zusatzkosten von 14,88 Milliarden Euro hin, die mit den Forderungen der Gewerkschaften verbunden sind.

Angesichts von rund 570.000 unbesetzten Stellen im öffentlichen Dienst wird von vielen Seiten auf die Notwendigkeit einer angemessenen Vergütung hingewiesen. Die Verhandlungen sind von großer Bedeutung, nicht nur für die aktuellen Beschäftigten, sondern auch für die zukünftige Arbeitsmarktsituation im öffentlichen Dienst. Um ungestörte

Verkehrsverbindungen zu gewährleisten, wird Fahrgästen geraten, sich vor Fahrtantritt über mögliche Auswirkungen und alternative Verbindungen zu informieren.

Details

Quellen

- www.deutschlandfunk.de
- www.vrr.de

Besuchen Sie uns auf: aktuelle-nachrichten.net